

**Informationen**  
**gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung**  
-Vergabeverfahren der zentralen Vergabestelle-

**1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit**

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Durchführung / Beteiligung von / an Vergabeverfahren.

**2. Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Kreisverwaltung Kusel  
Abteilung 1  
Referat 14  
Trierer Straße 49-51  
66869 Kusel  
E-Mail: vergabestelle@kv-kus.de  
Telefon: 06381-424-152 / 220  
Website: www.landkreis-kusel.de

**3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Kreisverwaltung Kusel  
Datenschutzbeauftragter  
Trierer Straße 49-51  
66869 Kusel  
E-Mail: datenschutzbeauftragter@kv-kus.de  
Telefon: 06381-424-0

**4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Durchführung von Vergabeverfahren erhoben. Insbesondere:

- Bereitstellen von Vergabeunterlagen (z.B. im Internet auf der Homepage, Anschrift bei Übersendung etc.)
- Beantwortung von Bieterfragen
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen / Bekanntmachungspflichten
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Erfüllen datenschutzrechtlicher Verpflichtungen

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Beteiligung an Vergabeverfahren und den Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c, e und f DSGVO i.V.m. §§ 97ff GWB i.V.m. § 3 LDSG RLP erhoben.

**5. Kategorien der personenbezogenen Daten**

Von der Kreisverwaltung Kusel werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern (soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt)
- Kontaktdaten von Ansprechpartnern
- Daten zur Qualifikation / Eignung (z.B. Zertifikat einzelner Beschäftigter eines Bieters)

- Referenzdaten

## **6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeskartellamt zur Erfüllung der gesetzlichen Abfrageverpflichtung nach dem WRegG im Wettbewerbsregister
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- zuständige Sachbearbeiter der Fachabteilung
- Entscheidungsgremien des Landkreises
- beauftragte Fachpersonen im Verfahren (Planer / Ingenieure etc.)
- ggf. in einem Nachprüfungs- / Beschwerdeverfahren an die Vergabekammer / Vergabepflichtstelle / Oberlandesgericht (z.B. §§ 163, 171 GWB)
- Bietersupport und Technischer Support (deutsche E-Vergabe, Onlinevergabeplattform)
- Veröffentlichungsorgane des Bundes / der EU je nach Vergabeverfahren (z.B. § 39 VGV )
- Mitbieter im Rahmen der Informations- und Berichtspflicht vergebener Aufträge, (z.B. § 134 GWB § 62 VGV, § 20 VOB/A und § 19 VOL/A)

## **7. Übermittlung an ein Drittland**

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

## **8. Dauer der Speicherung**

Für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushalts- und vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen maßgeblich; die Zentrale Vergabestelle speichert die eingegangenen Teilnahmeanträge und Angebote nicht länger als 10 Jahre.

## **9. Betroffenenrechte**

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt; wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen

- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO, haben sie das Recht, Daten, die wir auf Grundlage Ihrer Einwilligung oder in Erfüllung eines Vertrags automatisiert verarbeiten, an sich oder an einen Dritten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format aushändigen zu lassen. Sofern Sie die direkte Übertragung der Daten an einen anderen Verantwortlichen verlangen, erfolgt dies nur, soweit es technisch machbar ist.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Kreisverwaltung Kusel, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

### **10. Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Telefon: +49 (0) 6131 8920-0  
Telefax: +49 (0) 6131 8920-299  
Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

Eine Informationspflicht des Verantwortlichen wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe c) der Datenschutz-Grundverordnung nicht. Die Datenerhebung ist im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen ist (§§ 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, §§ 5, 8 Vergabeverordnung).

**Stand dieser Information:** 21.07.2022